

Gemeinsame Verantwortung von Industrie und Hochschule verstärken

Konzentration in Forschung und Lehre durch Kooperationsverträge mit den Schwerpunkt-VVB

Im Entwurf des Staatsratsbeschlusses über die Weiterführung der Hochschulreform, an dessen Ausarbeitung ich als Mitglied der hierfür eingesetzten Kommission beteiligt war, wird an mehreren Stellen die gemeinsame Verantwortung der Industrie und des Hochschulwesens bei der Weiterentwicklung, der Planung und Leitung der Forschung, Aus- und Weiterbildung an den Hochschulen hervorgehoben.

Dabei geht es darum, die Forschungsarbeit an den Hochschulen auf die Erzielung von Spitzenleistungen in strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaft zu orientieren, durch eine forschungsbezogene Lehre die Studenten frühzeitig und in schülerischer Mitarbeit an ihren späteren Einsatz vorzubereiten und die in der Weiterbildung erlangten Kenntnisse mit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft vertraut zu machen.

Diese umfangreichen Aufgaben können von den Hochschullehrkräften nicht allein gelöst werden, sondern die Ministerien, VVB, Kombinate und Großbetriebe erhalten eine große Mitverantwortung bei der Planung und Leitung der Hochschulen.

Speziell für die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt ergibt sich, entsprechend der Profilierung, eine ganz enge Bindung an wesentliche Schwerpunktbereiche der beiden Industrieministerien Elektrotechnik/Elektronik sowie Verarbeitungsverfahren- und Fahrzeugbau.

Im Gesellschaftlichen Rat unserer Hochschule sind maßgebliche Vertreter der Industrieministerien und ein-

ger zugehöriger VVB und Großbetriebe vertreten. In diesen Gremien werden künftig alle grundlegenden Entscheidungen über die Entwicklung der Hochschule abgestimmt.

Darüber hinaus wurden mit den Schwerpunkt-VVB Kooperationsverträge abgeschlossen, die eine Konzentration aller Leistungen in Forschung und Lehre auf die Bedürfnisse dieser Industriepartner vorsehen. Ausgehend von diesen guten Anfängen, kommt es jetzt darauf an, die gemeinsame Verantwortung von Industrie und Hochschulwesen bei der Weiterführung der Hochschulreform zu verstärken. Durch Aufbau einer modernen Wissenschaftsorganisation gibt es, eine umfassende wechselseitige Koordinierung bei allen prognostischen Arbeiten und bei der Planung und Leitung von Forschung und Lehre zu sichern.

Aus meiner Erfahrung als Prorektor für Prognose und Wissenschaftsentwicklung halte ich besonders die Lösung folgender Probleme für vordringlich:

● Ständige und sorgfältige Abstimmung der Prognosen der Technischen Hochschule mit denen unserer Industriepartner. Das Ziel muß darin bestehen, die Leistungen der TH auf das engste mit den Bedürfnissen der Industriepartner abzustimmen.

● Dabei kommt es besonders auf eine noch stärkere Profilierung und den sinnvollen Einbau der Hochschulforschung in die sozialistische Großforschung an.

● Bei der inhaltlichen Neugestaltung der Lehrpläne und Lehrmethoden sind die Erfahrungen der Praxis umfassend auszuwerten, wobei eine verstärkte Mitarbeit der Industriepartner an den Beratungen über Lehr-

pläne und Lehrmethoden erforderlich ist.

● Die Zahlen der im Studium auszubildenden Kader (inschließlich Direkt- und Fernstudenten) sind vertraglich mit den Industriepartnern zu binden. Die Studenten müssen frühzeitig über ihr späteres Einsatzgebiet informiert werden, damit sie schon in der Forschungszeit in der Hochschule entsprechende Probleme bearbeiten können.

● Beim Aufbau eines umfassenden Systems der Weiterbildung ist eine enge Zusammenarbeit sowohl durch Benennung von Lehrkräften aus Industrie und Hochschulwesen als auch bei der inhaltlichen Gestaltung der Weiterbildung und bei der Auswahl der weiterzubildenden Kader notwendig.

Prof. Dr. Weßmannel, Prorektor für Prognose und Wissenschaftsentwicklung

Koordinierungsvereinbarung mit der VVB Textima konkretisiert

Am 4. Februar 1969 fand in den Räumen der VVB Textima die Rechenabstimmung zum Jahresarbeitsplan 1969 zur Koordinierungsvereinbarung zwischen der TH Karl-Marx-Stadt und der VVB Textima statt. An der Besprechung nahmen die Leitung der TH und der VVB sowie verantwortliche Mitarbeiter aus der In-

dustrie und von der Sektion Verarbeitungsverfahren der TH (Leitsekretion) teil. Neben der Rechenabstimmung über die Arbeiten des Jahres 1969 wurden die Ziele für das Jahr 1969 abgeleitet.

Mittelpunkt aller Diskussionen war der Entwurf des Staatsratsbeschlusses über die Weiterführung der

l. Hochschulreform und die sowohl der TH als auch der VVB Textima daraus erwachsenden Aufgaben.

Der Jahresarbeitsplan 1969 zur Koordinierungsvereinbarung zwischen TH Karl-Marx-Stadt und VVB Textima wird zur Leipziger Frühjahrssitzung auf dem Stand der VVB Textima unterzeichnet. Dipl.-Ing. Köhler

Um die Lehrerpersönlichkeit von morgen

Neukonzipierung des Polytechnik-Studiums

Im Rahmen der Diskussion über die Weiterführung der 3. Hochschulreform, die insbesondere durch den Entwurf des Beschlusses des Staatsrates der DDR vor allem auf inhaltliche Fragen konzentriert wird, fand am 3. Februar 1969 eine Vollversammlung der Sektion Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen statt, die als Anleitung und Grundlage für die Diskussion des Beschlusses diente.

Als gegenwärtige zentrale Aufgabe – nachdem sich die Sektion orientiert hat – bezeichnet der Sektionsleiter, Prof. Dr. Müller, die Überarbeitung bzw. Neukonzipierung des Fachstudiums für Polytechnik an der TH Karl-Marx-Stadt; denn unser aller Streben in Forschung und Lehre muß unseren Studenten gelten, den sozialistischen Lehrerpersönlichkeiten von morgen!

Auf der Basis und mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Aus- und Weiterbildung sind folgende Aufgaben zügig und koordiniert zu realisieren:

Entwicklung eines Studienführers, der dem Studenten überichtlich die Konturen für den Ablauf des Studiums vorzeichnet (Ziel der Disposition, zum Beispiel Pädagogik, Sport; Lage und zeitliche Ausdehnung im Studium).

Überarbeitung der Lehrveranstaltungen und schließlich die Ausarbeitung von Ausbildungsplänen (Studienprogramme), in denen das Ziel und die Aufgabenstellung jeder einzelnen Lehrveranstaltung klar angegeben wird (fachliche Disposition sowie Hinweise für Pflicht- und Zusatzliteratur).

Aufbau eines durchgängigen Systems für das wissenschaftlich-produktive Studium (unter besonderer Berücksichtigung der FDJ-Objekte Ferienlager Claustdorf und Stadtenzbrigade Plauen).

Erarbeitung von Erziehungs- und Forschungsplänen der Sektion auf der Grundlage der immer besseren marxistisch-leninistischen Ausbildung und klassenmäßigen Erziehung aller Studenten.

Dabei vernachlässigt die Sektion als strukturbestimmende Einrichtung für die Erziehungswissenschaften an der TH Karl-Marx-Stadt ihre Bedienungsfunktion nicht: Ausbildung der Lehrkräfte anderer Sektionen in den Disziplinen Pädagogik und Pädagogische Psychologie, Ausbildung aller Studenten unserer TH in Fremdsprachen und im Sport.

Wie auf der Tagung des Rates der Sektion am 4. Februar 1969 Oberstudienrat Kreßlich, Direktor des Pädagogischen Bezirkskabinetts für Weiterbildung Karl-Marx-Stadt, betonte, setzen die Organe der Volkshochschule und der Berufsbildung große Erwartungen in die strukturell strukturbestimmende Sektion des Bezirks; denn nicht umsonst heißt es im Entwurf des Staatsratsbeschlusses hierzu: „Die Weiterbildung ist objektiv zu einem wesentlichen Bestandteil der Berufsentwicklung jedes Hochschulabsolventen geworden“; und: „Die... Sektionen wirken an der langfristigen Weiterbildung von

Hoch- und Fachschulstudien in Wissenschaft und Praxis mit“.

Als Aufgabe, auf die mit besonderem Nachdruck in dem Beschlussesmaterial hingewiesen wird, kommt notwendig die Frage der hochschulpädagogischen (Aus-)Bildung aller Lehrbeauftragten der Hochschule auf die Sektion zu. Hier wird aber die Hochschulleitung in angemessener Weise die Sektion unterstützen müssen.

Es wird deutlich: Die Hochschulreform verlangt auch von der Sektion Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen Höchstleistungen. Dazu gehören – ausgehend von der Einheit von Forschung, Lehre und Erziehung – die Bestimmung von Bildungs- und Erziehungszielen sowie das Durchdenken des Problems der Verbesserung des Lernens und Lehrens und zwar im engeren Sektionsbereich und auch darüber hinaus. Es geht um qualifizierte Kader für unsere sozialistische Praxis!

Dr. K.-H. Reiners

Zum Parteilehrjahr

Selbständiges Studieren - Grundlage guter Erfolge

„Wie sind die Genossinnen und Genossen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Politik der Partei gründlich vertraut zu machen und zu befähigen, klassenmäßig und oftmals zu argumentieren und auf alle Fragen eine partielle und überzeugende Antwort zu geben?“

Diese Frage stellte Genosse Walter Ulbricht in seinem „ND“-Interview als eine derjenigen heraus, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Parteilehrjahre beantwortet werden sollten. Er unterstrich damit die große Bedeutung des systematischen marxistisch-leninistischen Bildung aller Parteimitglieder durch das Parteilehrjahr, das seit anderthalb Jahrzehnt einen festen Platz im Leben unserer Partei einnimmt.

Wie hat sich in der Parteilehrjahrsorganisation unserer Hochschule das Parteilehrjahr 1969/70 entwickelt?

Anstelle von drei Zirkeln im Lehrjahr 1967/68 wurden fünf Zirkel gebildet. Vier befassen sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ein Zirkel behandelt Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus. Diese Erweiterung war erforderlich, um das Studium effektiver zu gestalten und auch den Interessen der Genossen mehr entgegenzukommen. Darüber hinaus wurde in diesem Lehrjahr von Anfang an der Grundorganisationsform in verstärktem Umfang die Verantwortung für die Durchführung der Zirkel übertragen.

Die intensivere Vorbereitung des Lehrjahres und die weitere Verbesserung der Arbeit der Zirkelleiter wirkten sich vorteilhaft aus. Die Teilnehmer bereiten sich jetzt im allgemeinen besser vor und nehmen größeren Anteil an der Diskussion. Bereits die ersten drei Zirkelabende zeigten, daß die Wirksamkeit des Parteilehrjahres weiter erhöht werden konnte.

Es gibt aber auch noch Mängel. Das betrifft vor allem die Regelmäßigkeit der Teilnahme an den Zirkeln und das Bestehen von Beurlaubungen, von deren Erfül-

lung der Erfolg des Parteilehrjahres wesentlich abhängig ist.

Jeder Genosse, der am Parteilehrjahr teilnimmt, sollte stets – eingedenk seiner Pflichten als Parteimitglied – zunächst selbst überlegen, ob diese oder jene Begründung für ein Fernbleiben von Zirkeln wirklich gerechtfertigt ist. Andererseits haben auch die Leitungen die Aufgabe, mit den Genossen über ihre regelmäßige Teilnahme zu sprechen. Dabei muß es das Ziel sein, bei jedem Klärungsfall darüber zu schaffen, daß von der ständigen Erweiterung und Vertiefung auch seiner marxistisch-leninistischen Kenntnisse die Wirksamkeit der politischen Arbeit unserer Parteilehrjahrsorganisation mit abhängt.

Eine ebenso notwendige Voraussetzung, wie die regelmäßige Teilnahme, ist für ein fruchtbares Ergebnis das Parteilehrjahr das selbständige Studieren der vorgeschriebenen Literatur. In dem Zirkeln zum Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind die Genossen dazu übergegangen, die Studienaufträge stärker als methodische Anleitung zu handhaben. Das hatte eine größere Aktivität der Teilnehmer in der Diskussion zur Folge, woraus zweifelslos bessere Ergebnisse zu ziehen sind. Das Durcharbeiten des abschließenden Geschichtswerkes innerhalb von drei Jahren ist durchaus möglich, wenn – eben anhand der Anleitung – den Genossen helfen wird, sich auf die wesentlichen Probleme schon im Selbststudium zu orientieren. Die Anleitung besteht also vor allem darin, dem Zirkelteilnehmer noch besser methodisch zu helfen.

Die kritische Einseitigkeit des Standes und der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bildung aller Genossen, die in Vorbereitung und Durchführung der Parteilehrjahre in den Grundorganisationsformen vorgenommen werden muß, bietet die beste Gelegenheit, auch über solche Fragen zu sprechen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, die sichern, daß das Parteilehrjahr 1969/70 in seiner Zirkel mit maximalem Erfolg zu Ende geführt wird. H. M.

Studentinnen und Studenten, Achtung! Der Startschuß für die FDJ-Studentenbrigaden 1969 ist gefallen! In unseren nächsten Ausgaben mehr

Im Hintergrund der „starke Mann“

Eine Betrachtung zur Europa-Politik des Franz Josef Strauß Teil I

Genau ein Jahr und einen Tag nach ihrer Neubildung ging am 23. Oktober 1968 die Regierungskoalition zwischen der CDU/CSU und der FDP in die Brüche. Nach heftigen Debatten in der FDP-Fraktion über den tags zuvor verkündeten Kabinettschluß zum Bundeshaushalt 1967 erklärten die vier Minister dieser Partei dem Erhard-Kabinett ihren Rücktritt.

Die FDP hatte – im Gegensatz zur CDU/CSU – aus parteipolitischen Gründen eine Erhöhung der Steuerlasten zugunsten der Verbraucher abgelehnt und eine Kürzung der Ausgaben für die Rüstung verlangt.

Diese Ereignisse sind aber nur äußere Erscheinungen.

Die wahren Ursachen liegen tiefer: Diese Krise und das Abbrechen der Erhardregierung zeigten sich als Ausdruck einer mehr und mehr in die Sackgasse geratenen westdeutschen Innen- und Außenpolitik. Die Erhardregierung war auch die unter Adenauer müde gehen, weil sie die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Realitäten nicht anerkennen und das völlig neue Kräfteverhältnis zwischen den sozialistischen Lagern und aller fortschrittlichen, friedliebenden Kräfte der Welt ignorieren.

Die DDR, der erste deutsche Friedensstaat, war trotz aller Spekulationen, aller politischen Manöver, trotz massiven wirtschaftlichen und ideologischen Bruchs, trotz bedeutender demokratischer Schiedungen in der Zeit der offenen Grenze mehr und mehr erstarbt und zu einem bedeutenden politischen und ökonomischen Faktor herangewachsen.

Bereits am 9. September 1966 stellte die in Düsseldorf erscheinende „Deutsche Volkzeitung“ fest: „Die eigentliche Ursache für den chaotischen Zustand, in dem sich die Bundesrepublik befindet, ist weder das Verlangen einiger Generale noch das gemaßregelte Verlangen des Verteidigungsministers, noch die Schwäche und Hilflosigkeit des Bundeskanzlers. Es handelt sich hierbei lediglich um Symptome für den vollständigen Zusammenbruch der CDU-Politik, einer Politik, die die Bundesrepublik außenpolitisch isoliert, die sie an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt, die sie zum Störfrieden in Europa gemacht und die Spaltung Deutschlands rezentriert hat.“

Als ob nichts gewesen sei

In dieser Situation nun gibt Franz Josef Strauß nach vierjährigen Passieren – er war bekanntlich als Grund seiner Sesselschläfer selbst für das offizielle Bonn zeitweilig verantwortlich geworden – wieder sein erstes Debüt auf der bundesdeutschen Regierungsbühne. Unter seiner Schirmherrschaft übernimmt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den ehemaligen Mitarbeiter im Goebbels-Institut Propagandaministerium, Kurt Georg Kiesinger, als ihren Mann zum Bundeskanzler.

Im Gegensatz zur CDU/CSU, der Partei des Monopolkapitals, die zu dieser Zeit arg in der Klemme saß, hatte die SPD an Einfluss gewonnen. Eine SPD/FDP-Regierung lag im Bereich des Möglichen, wenn die SPD-Führer tatsächlich bereit gewesen wären, eine echte Alternative zur

Politik der Hauptpartei des Monopolkapitals zu praktizieren. Also gab es für die Christdemokraten von Bonn und München nur einen Ausweg, um aus der Krise herauszufinden und ihre aggressive, volksfeindlichen, antinationalen Ziele doch – und sogar noch in verstärkter Umfang – zur Grundlage des Regierungsprogramms zu machen. Die Lösung sahen und fanden sie in der sogenannten großen Koalition, in der Regierungsbildung mit der SPD.

Sehr realistisch und nüchtern, schätzte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR und Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Walter Ulbricht, die Bildung der Kiesinger-Strauß-Brandt-Wehner-Regierung als einen Reichtum in der Bonner Politik ein.

Besonders kam es der CDU/CSU darauf an, mit Hilfe der SPD-Fraktion im Bundestag und der SPD-Minister in der Regierung solche unpopulären und volksfeindlichen Maßnahmen wie die Notstandserklärung und -gesetzgebung, die sogenannte „Flanzenreform“ im Interesse des Profits und der verstärkten imperialistischen Aggressionspolitik nach außen durchzusetzen.

Dadurch, so kalkuliert man seitens der christlich-demokratischen Doppeltraktion ein, wird sich die SPD selbst zugrunde richten und den Weg frei machen für den „starken Mann“ – Franz Josef Strauß.

In einer Analyse vom 1. Dezember 1968 konstatiert die „Frankfurter Rundschau“ die Vertreter der Monopole haben nach wie vor das entscheidende Wort in der Regierung...

„Vielles spricht dafür, daß Strauß, der ja nicht nur von Amts wegen eine Schlüsselrolle der Regierung ist, seinen Einfluß weit über seinen Ressort hinaus geltend machen wird. Vieles spricht auch dafür, daß in dieser Regierung die CDU/CSU-Minister Lücke, Strauß und Schröder am Leipziger Hebelarm sitzen als Brandt und Wehner.“

Wem nützt dieser „Entwurf“?

Fast auf den Tag genau vier Jahre nach seinem Rauswurf aus dem Bonner Kabinett wird Strauß am 30. November 1968 wieder Bonner Minister, Finanzminister.

Die Monopole bliesen zum Sturmangriff auf die letzten Reste bürgerlicher Freiheit. Sie haben in Strauß den Mann gefunden, der als ihr willfähriges Werkzeug ihre Interessen in den Auseinandersetzungen mit den demokratischen Kräften Westdeutschlands sachkundig vertreten wird.

Auch sonst ist Strauß der Mann der führenden Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals. Er hält für die Durchführung ihrer Politik ein bis ins Detail durchdachtes außenpolitisches Programm bereit. Dem Extrakt dieses Programms bildet Strauß' kurz vor seiner Übernahme des Ministerpostens in der Überarbeitung schillerndes Buch – „Entwurf für Europa“.

Darin propagiert der „starke“, oder, sagen wir zunächst noch halbstärke Mann, seine Gedanken für eine europäische „Neuordnung“. Strauß erkennt sehr wohl: Die hierherge Bonner „Wiedervereinigungspolitik“ hat ihre Erfolge kein Stück

vorwärtsgebracht. Sie verschlechte an der klaren Haltung des sozialistischen Lagers und an der wachsenden Stärke der Deutschen Demokratischen Republik.

Strauß will deshalb Europa zunächst „neuordnen“, um mittels dieser „modernen“ Spielart Bühnen Außenpolitik doch noch eine Verkörperung des imperialistischen (vor allem aber des europäischen) Kräfteverhältnisses zugunsten des westdeutschen Imperialismus herbeizuführen.

Europa vom Atlantik bis zum Bug

Wie soll nun dieses Europa aussehen? Strauß auf Seite 83 des „Entwurfs“: Es soll ein Europa sein, „das vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer reicht“.

Auch die nächsten Sätze charakterisieren die Absichten des Verfassers deutlich: „... jede zukünftige Union Europas muß auf dem Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik Deutschland bestehen und es aktiv verteidigen.“ Und „diese Europalisierung der deutschen Frage“ erfordert aber, daß die Forderung des Deutschen nach Wiedervereinigung ihres getrennten Landes von der europäischen Gemeinschaft voll übernommen und vertreten wird.“

Was die Frage der Wiedervereinigung aus Strauß'cher Sicht anbelangt, so hat er die Vorstellung, daß dem die Bildung einer westeuropäischen politischen Union oder Konföderation, an der möglichst alle EWG-Mitgliedsstaaten beteiligt sind, (Fortsetzung auf Seite 8)